

Herbstsession 2022 Sessionsrückblick - 2. Woche



Fragestunde

Ab Oktober 2022 wird der Bundesrat in den Sozialen Medien wie Instagram vertreten sein. Das magistrale Insta-Konto lässt sich der Bund etwas kosten: zehn neue Vollzeitstellen mit Kosten von weiter über einer Million Franken. Im Rahmen der Fragestunde verlangte ich von der Bundeskanzlei eine Erklärung: Weshalb können nicht die bereits vorhandenen Kommunikationsspezialisten Beiträge auf Instagram posten? Ferner wollte ich von der Landesregierung wissen, weshalb sie überzeugt ist, dass ein magistraler Instagram-Account ein öffentliches Interesse darstelle.

Denken Sie, dass der Bundesrat einen Instagram-Account unterhalten sollte?

15% | Ja.

85% | Nein.

Weitere Informationen finden Sie auf nau.ch:

<https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/bundesrat-verteidigt-personalaufwand-fur-neuen-instagram-account-66280778>

Politik | Bund wehrt sich gegen Kritik an Instagram-Beamten

Hohe Kosten im Visier

Bund wehrt sich gegen Kritik an Instagram-Beamten

Der Bundesrat schafft zehn neue Stellen für seinen Auftritt in den sozialen Medien. Von bürgerlicher Kritik im Parlament will er nichts wissen.

Publiziert: 19.09.2022 um 16:47 Uhr | Aktualisiert: 14:00 Uhr



7/8 Dass der Bundesrat nun nochmals zehn Stellen für einen weiteren Instagram-Account schafft, ist SVP-Nationalrat David Zuberbühler ein Dorn im Auge.

Biodiversität

Der Nationalrat hat am Montag über den Schutz und die Förderung der Biodiversität diskutiert. Ihm lagen die Biodiversitätsinitiative und ein indirekter Gegenvorschlag des Bundesrates vor. Die Regierung schlägt vor, zusätzlich zum bestehenden Schutzgebiet etwa die Fläche des Kantons Luzern unter Schutz zu stellen. Dies fand im Rat Unterstützung. Mehrere Nationalrätinnen und Nationalräte sagten, dass es schlecht um die Biodiversität stehe. Daher soll der Natur mehr Fläche zugestanden werden. Dagegen stellt sich aber die SVP mit vielen Vertretern aus der Landwirtschaft. Wenn mehr Fläche geschützt werde, fehle Fläche für die landwirtschaftliche Produktion. Entschieden hat der Nationalrat noch nichts. Am Dienstag soll die Diskussion weitergehen. Es zeichnet sich ab, dass die grosse Kammer die Biodiversitätsinitiative zur Ablehnung empfehlen und den Vorschlag des Bundesrat zum indirekten Gegenvorschlag diskutieren wird.

Gesundheit

Das Bundesparlament ist einverstanden mit einem Kostenmonitoring im Gesundheitswesen. Bund und Kantone sollen allerdings keine Eingriffsmöglichkeit erhalten, wenn sich die Tarifpartner nicht einigen können. In diesem Sinne hat der Nationalrat die letzte Differenz zum Ständerat bereinigt. Er hat die subsidiäre Kompetenz von Bund und Kantonen mit 138 zu 43 Stimmen bei 6 Enthaltungen aus der Vorlage gestrichen. Ein weiteres Kostendämpfungspaket ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Ins das Paket eingebaut hatten die beiden Räte bereits zuvor zwingende Vereinfachungen bei der Zulassung parallelimportierter Medikamente. Zudem hatten sie sich auf ein Beschwerderecht für Krankenkassenverbände gegen Spitalplanungs-Entscheide in den Kantonen geeinigt.



Klima

Mit einem eigens geschriebenen Gesetz zum Klimaziel "Netto Null" bis 2050: Der Nationalrat hat die letzten Differenzen im indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative bereit gemacht für die Schlussabstimmungen. Das Gesetz über die Ziele im Klimaschutz steckt verbindliche Etappenziele auf dem Weg zu Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050. Ausserdem gehören Förderprogramme für den Ersatz von Heizungen, energetische Sanierungen sowie neue Technologien zum indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Die Initianten und Initianten sind für einen bedingten Rückzug ihres Begehrens bereit, wollen aber vorerst die Schlussabstimmungen abwarten. Die vom Ständerat angefügte Solar-Offensive hat der Nationalrat allerdings noch nicht beraten.

Raumplanung

Der Nationalrat hat die Behandlungsfrist für die Landschaftsinitiative bis zum 6. März 2024 stillschweigend verlängert, auf Antrag seiner Umwelt- und Raumplanungskommission (Urek-N). Die Kommission begrüsst die Vorschläge des Ständerates für einen indirekten Gegenvorschlag zu der Initiative, will sich für die Vorberatung aber noch Zeit nehmen, wie sie Anfang Juli schrieb. Die Landschaftsinitiative will die Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet in der Verfassung verankern. Dem Bundesrat und auch dem Ständerat geht dies zu weit; sie lehnen das Begehren ab. Der Ständerat will der Initiative Änderungen im Raumplanungsgesetz entgegenstellen.

Kaufkraft

Der Nationalrat hat am Mittwochvormittag in einer ausserordentlichen Session Vorstösse zur Stärkung der Kaufkraft diskutiert. Die Energiekrise, Inflation, der zu erwartende Schock bei den Krankenkassenprämien und die nach wie vor hohen Benzinpreise gaben den Ausschlag dafür.

Der Bundesrat hatte beantragt, alle acht Vorstösse des Nationalrats abzulehnen. Es kam anders: Die Mitte-EVP-Fraktion setzte sich mit der Forderung durch, einen sofortigen Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten vorzunehmen. Und die SP-Fraktion war erfolgreich mit dem Vorstoss, den Prämienschock 2023 durch eine sofortige Erhöhung des Bundesbeitrags an die individuelle Prämienverbilligung abzufedern. Chancenlos waren die Motionen von SVP-Nationalräten. Auch Franziska Ryser blitzte mit ihrer Idee der gezielten Hilfe zur Unterstützung von Haushalten mit niedrigem Einkommen angesichts steigender Energiepreise ab.

Nach der rund zweistündigen Debatte kommt der Nationalrat zur gebündelten Abstimmung. Das sind die Resultate zu den acht eingereichten Motionen:

- Motion Mitte-EVP «Sofortiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten» – **Angenommen**
- Motion SP «Abfederung des Prämienschocks 2023 durch sofortige Erhöhung des Bundesbeitrages an die individuelle Prämienverbilligung» – **Angenommen**
- Motion Heer (SVP) «Nein zu sozialistischen Forderungen nach noch mehr Staatsausbau, noch mehr Steuern und noch mehr Umverteilung. Ja zu eigenverantwortlichen, bürgerlichen Lösungen, Ja zu einem massvollen Teuerungsausgleich bei der AHV» – **Abgelehnt**
- Motion de Courten (SVP) «Ja zu verantwortungsvollen Lösungen, Ja zur vollen Abzugsfähigkeit von Krankenkassenprämien» – **Abgelehnt**
- Motion Matter (SVP) «Ja zu verantwortungsvollen Lösungen, Ja zur Abschaffung des Eigenmietwerts für Rentnerinnen und Rentner» – **Abgelehnt**
- Motion Page (SVP) «Aufhebung der Mineralölsteuer» – **Abgelehnt**



- Motion Giezendanner (SVP) «Staatliche Entlastung des Mittelstandes und der KMU von den hohen Benzin- und Dieselpreisen» – **Abgelehnt**
- Motion Ryser (Grüne) «Gezielte Hilfe zur Unterstützung von Haushalten mit niedrigem Einkommen angesichts steigender Energiepreise» – **Abgelehnt**

Mit den beiden überwiesenen Vorstössen muss sich jetzt der Ständerat befassen.

Abbau der Corona-Schulden

Über den Abbau der ausserordentlichen Corona-Schulden von 26 Milliarden Franken herrscht nun Einigkeit zwischen den Räten. Der Nationalrat ist auf die Variante des Ständerates und des Bundesrates eingeschwenkt. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmungen. Das nun gewählte Modell will keine vergangenen Überschüsse aus dem ordentlichen Bundesbudget in den Abbau der Corona-Schulden stecken. Das Minus von 26 Milliarden Franken aus ausserordentlichen Corona-Massnahmen soll vielmehr im sogenannten Amortisationskonto bis 2035 ausgeglichen werden. Bewerkstelligt werden soll das mit Zusatzausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank und Überschüssen aus dem ordentlichen Bundesbudget. Für 2022 sind die Nationalbankzuschüsse allerdings fraglich.

Coronavirus - Spitäler

Nach Auffassung des Parlaments muss der Bund Spitäler für Ertragsausfälle wegen der wegen Covid-19 vom Bund angeordneten Behandlungsverbote nicht entschädigen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat vier kantonale Initiativen mit klarem Mehr abgelehnt. Sie sind damit vom Tisch. Im Frühjahr 2020, nachdem das neue Coronavirus in der Schweiz angekommen war, hatte der Bundesrat den Spitälern per Verordnung nicht dringende Eingriffe untersagt, damit Kapazitäten für die Behandlung von an Covid-19 Erkrankten frei blieben. Die Kantone Aargau, Basel-Stadt, Schaffhausen und Tessin verlangten mit ihren Standesinitiativen vom Bund, sich an den dadurch entstandenen Ertragsausfällen zu beteiligen.

Landesversorgung

National- und Ständerat haben über die Frage diskutiert, ob die Schweiz mehr Nahrungsmittel anbauen soll. In einer ausserordentlichen Session zum Thema Versorgungssicherheit kamen zahlreiche Vorstösse zur Sprache. Definitiv entschieden wurde noch nichts. Der Ständerat appelliert an den Bundesrat, die für 2024 geplante Inkraftsetzung der neuen Mindestvorgabe von 3,5 Prozent an Biodiversitätsförderflächen auf der Ackerfläche zu überdenken. Der Nationalrat hat über eine entsprechende Motion von Beat Rieder (Mitte/VS) noch zu entscheiden. Weitere Vorstösse zum Thema wurden allesamt abgelehnt.

Ukraine

Das Parlament will an der aktuellen Ausgestaltung des Schutzstatus S für Geflüchtete aus der Ukraine festhalten. Versuche der SVP, den Zugang zum Status zu erschweren, scheiterten in beiden Räten. Während der Sonderdebatte zum Thema Versorgungssicherheit kam das Thema aufs Tapet. Die SVP forderte mit mehreren Motionen im National- und Ständerat, dass der Bundesrat den Schutzstatus S restriktiver vergeben soll. Das Parlament versenkte die entsprechenden Motionen mit deutlichen Mehrheiten. Die Vorstösse sind damit vom Tisch.



Gewalt gegen Polizisten

Der Nationalrat sieht beim Schutz von Polizisten und anderen Behördenvertretern vor Gewalt und Drohungen keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Er hat zwei Standesinitiativen der Kantone Waadt und Genf keine Folge gegeben, die höhere Strafen wollten. Das Anliegen sei im Rahmen der Ende 2021 verabschiedeten Vorlage zur Harmonisierung der Strafrahmen aufgenommen worden, befand die Ratsmehrheit. Mit dem gleichen Argument schrieb der Nationalrat zwei Initiativen der Kantone Tessin und Bern ab. Diese sind vom Tisch, ebenso jene aus der Waadt. Mit der Standesinitiative aus Genf muss sich noch der Ständerat befassen.

Ausschaffungen

Zwangsweise Covid-Tests bei Ausschaffungen sollen bis Ende Juni 2024 möglich bleiben. Der Nationalrat hat am Donnerstag als Erstrat der Verlängerung der entsprechenden Bestimmung im Ausländer- und Integrationsgesetz zugestimmt. Das Geschäft geht in den Ständerat. Einen Minderheitsantrag der Grünen, nicht auf die Vorlage einzutreten, lehnte der Rat mit 118 zu 61 Stimmen ab. Viele Staaten verlangen weiterhin einen negativen Covid-19-Test für die Rückübernahme weggewiesener Personen. Die bisherige Regelung ist bis Ende 2022 befristet. Sie gilt seit dem 2. Oktober 2021. Justizministerin Karin Keller-Sutter gab zu bedenken, bei einer Nichtverlängerung bestehe die Gefahr, dass sich diese Personen weiterhin weigern und damit den Vollzug der Rückführungen verhindern könnten. Die Regelung habe auch präventive Wirkungen.

Jugendschutz

Der Nationalrat hat bei den neuen Regeln zum Schutz Minderjähriger vor Sex- und Gewaltdarstellungen in Filmen und Games auf einer Differenz beharrt. Er will das zuständige Bundesamt im Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele nach wie vor zu Massnahmen zur Förderung der Medienkompetenz verpflichten. Das entschied er mit 108 zu 75 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Zwei weitere Differenzen räumte die grosse Kammer aus. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

Öffentlichkeitsgesetz

Die Bundesverwaltung darf auch in Zukunft in Ausnahmefällen für die Einsicht in Dokumente mehr als 2000 Franken verrechnen. Der Nationalrat hat bei der Revision des Öffentlichkeitsgesetzes die letzte verbliebene Differenz zum Ständerat ausgeräumt. Oppositionslos stimmte die grosse Kammer zu, auf die Gebührenobergrenze zu verzichten. Sie folgte damit dem einstimmigen Antrag ihrer Staatspolitischen Kommission (SPK-N). Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung.

Terrorismus

Der Nationalrat verlangt keine Sonderregeln mehr für die Ausschaffung von Personen, die im Zusammenhang mit Verbrechen der Terrormiliz IS verurteilt worden sind. Er hat der Abschreibung einer Motion von Fabio Regazzi (Mitte/TI) mit 103 zu 69 Stimmen bei vier Enthaltungen zugestimmt. Regazzi forderte die Ausweisung verurteilter IS-Terroristinnen und -Terroristen in ihre Herkunftsländer - unabhängig davon, ob diese Länder als "unsichere Staaten" gelten. Das Parlament hatte den Vorstoss in der letzten Legislatur überwiesen. Der Bundesrat kam jedoch zum Schluss, es sei rechtlich unmöglich, den Vorstoss umzusetzen.



Aussengrenzen

Der Nationalrat ist einverstanden mit der Umsetzung von zwei Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes. Als Erstrat hat er am Donnerstag einer Reihe von Gesetzesänderungen zugestimmt. Bei den beiden Geschäften geht es zum einen um das Visa-Informationssystem (VIS). Zur Debatte standen andererseits auch Änderungen beim Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystem (Etias). Der Nachvollzug der europäischen Normen soll die Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums gewährleisten, die Kontrollen verbessern und irreguläre Migration und Terrorismus bekämpfen und insgesamt das Vertrauen in das Schengen-System stärken.

Bundesgericht

Am überlasteten Bundesgericht sollen ab dem nächsten Jahr 40 statt wie heute 38 ordentliche Richterinnen und Richter arbeiten können. Mit 131 zu 47 Stimmen und ohne Enthaltung sagte der Nationalrat Ja zu einer Vorlage seiner Rechtskommission (RK-N). Die entsprechende Verordnung der Bundesversammlung soll Anfang 2023 in Kraft treten. Hintergrund der Vorlage ist ein Ersuchen des Gerichts. Dieses habe eine steigende Last von Fällen zu bearbeiten und Reformen seien blockiert, berichtete Sibel Arslan (Grüne/BS) namens der vorberatenden Rechtskommission. Das Gericht sei seit längerer Zeit chronisch überlastet. Ausser der SVP waren alle Fraktionen mit der Aufstockung einverstanden. Die Vorlage geht an den Ständerat.

Kantonsverfassungen

Das Parlament hat den geänderten Verfassungen der Kantone Bern, Glarus, Appenzell Innerrhoden, Tessin und Neuenburg zugestimmt. Die Änderungen wurden zwischen 2013 und 2021 an der Urne angenommen. Bern hat zum Beispiel den Klimaschutz in der Kantonsverfassung verankert und die Glarnerinnen und Glarner beschlossen Änderungen in der Gesundheitsversorgung. In Appenzell Innerrhoden gab es Anpassungen zum Zwangsmassnahmengericht und den Vermittlerämtern, und im Tessin wurden Bestimmungen zur Ernährungssouveränität angenommen. Die Neuenburger Stimmberechtigten haben sich für Anpassungen in der Organisation des Grossen Rates ausgesprochen. Der Nationalrat hiess die Neuerungen als Zweitrat gut.

Flüchtlinge

Der Bund soll nach dem Willen des Nationalrats Grenzkantone künftig beim Betrieb sogenannter Ausreisezentren finanziell unterstützen können. Die grosse Kammer hat mit 182 zu einer Stimme bei zwei Enthaltungen einer entsprechenden Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes zugestimmt. Die Vorlage geht an den Ständerat. Es geht um Zentren, in denen ausreisepflichtige Personen kurzfristig festgehalten werden, bevor die Schweizer Behörden sie einem Nachbarstaat übergeben. Vorgesehen ist ein finanzielles Engagement des Bundes im Falle einer ausserordentlich hohen Zahl von illegalen Grenzübertritten.

Bern, im September 2022

David Zuberbühler